



## Das Beste für die Kleinsten

Bundestag beschließt Gute-Kita-Gesetz - 5,5 Milliarden Euro für die Zukunft unserer Kinder

Mit dem Gute-Kita-Gesetz hat der Deutsche Bundestag einen weiteren Baustein hinzugefügt, um das Leben der Familien in Deutschland zu verbessern. Bis 2022 erhalten die Länder vom Bund rund 5,5 Milliarden Euro für Qualitätsverbesserung und Beitragssenkung in der Kinderbetreuung - das soll vor allem Geringverdiener bei den Beiträgen entlasten.

Nach dem Baukindergeld und der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag geht es nun um die Verbesserung der Qualität und der Teilhabe in der Kindertagesbetreuung. Diese Legislaturperiode steht im Zeichen der Familie. Eltern wollen, dass ihre Kinder gut betreut sind. Daher ist ein Herzensanliegen der Fraktion beim Thema Familie der Kita-Ausbau. „Wer selbst kleine Kinder hat, weiß, dass Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen und Krippen eine Menge leisten. Dennoch bleibt oft zu wenig Zeit für die individuelle Betreuung der einzelnen Kinder. Das soll sich jetzt ändern.“, sagt Nadine Schön, die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion.

Dank der finanziellen Unterstützung durch den Bund können die Kommunen nun bei der Kinderbetreuung



Liebe Leserinnen und Leser!  
Ich wünsche Ihnen frohe und  
gesegnete Weihnachten und viel Glück  
und Gesundheit im Jahr 2019!

aufsatteln. „Dabei ist es richtig, dass die Länder das Geld dort einsetzen können, wo es am nötigsten ist“, ergänzt Nadine Schön. Ziel ist es, einen echten Entwicklungsprozess in den regelmäßig von den Ländern zu erstellenden Fortschrittsberichten zu erkennen – sei es durch eine Verbesserung des Perso- Seite 2

## Übergabe bei Boehringer Ingelheim Deutschland

In dieser Woche stellte der ehemalige Deutschland-Leiter von Boehringer Ingelheim, Stefan Rinn, bei Josef Rief im Bundestag seine Nachfolgerin Dr. Sabine Nikolaus vor. Man war sich einig, wie wichtig die weitere Entwicklung des Boehringer-Ingelheim-Standortes Biberach sei, an dem bisher ca. 6000 Mitarbeiter beschäftigt sind und sich weitere Investitionen in der Planung befinden. ■



Nächster Sprechtag von Josef Rief:  
9. Januar 10 - 12 Uhr im Wahlkreisbüro in Biberach

Josef Rief ist auf Facebook mit  
Profil und Fan-Page unter:  
[www.facebook.com/josefriefmdb](http://www.facebook.com/josefriefmdb)

**facebook**

## Fortsetzung von Seite 1

nalschlüssels, die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte oder die Förderung der sprachlichen Bildung. Bestmögliche Startbedingungen

Marcus Weinberg, familienpolitischer Sprecher der Fraktion betont die gesamtgesellschaftliche Verantwortung, „den Kleinsten die bestmöglichen Startbedingungen durch eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu ermöglichen“. CDU und CSU gehe es deshalb ganz vordringlich um eine „Qualitätssteigerung der Betreuungsangebote“, was man in den parlamentarischen Beratungen deutlich gemacht habe. CDU/CSU hätten deshalb im Gesetz durchgesetzt, dass die Bundesgelder lediglich „zusätzlich“ für eine Beitragsfreiheit vorgesehen werden könnten, so Weinberg.

Es geht daher der Appell an die Länder, verantwortungsvoll ihre jeweilige Ausgangssituation im Kita-Bereich zu analysieren und Gelder in die Gebührenfreiheit nur zusätzlich dort zu stecken, wo dies angesichts hoher Gebühren notwendig erscheint.

Wesentlicher Inhalt des Gesetzes ist aber auch, dass Geringverdiener künftig von den Gebühren befreit werden müssen. Außerdem haben die Länder demnächst mehr Selbständigkeit und Spielraum bei der Frage, inwiefern sie das Einkommen der Eltern, die Anzahl der Geschwisterkinder und die Länge der benötigten Betreuungszeit als soziale Auswahlkriterien heranziehen können. ■

## TSVG - Patient muss im Mittelpunkt stehen

In erster Lesung wurde im Deutschen Bundestag das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) beraten. Mit diesem soll der Zugang zur medizinischen Versorgung für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung verbessert werden - durch kürzere Wartezeiten beim Arzt, mehr Unterstützung bei der Suche nach einem Arzttermin durch die Terminservicestellen und ein besseres Sprechstundenangebot. Karin Maag, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: "Damit reagieren wir auf den verständlichen Ärger der Bürger über zu lange Wartezeiten beim Arzt und setzen unser Versprechen zur Verbesserung dieser Situation zügig um".

Im Gesetzentwurf vorgesehen ist beispielsweise, dass die Terminservicestellen künftig auch Termine bei Haus- und Kinderärzten vermitteln, das Mindestsprechstundenangebot der niedergelassenen Ärzte soll erhöht werden und in unterversorgten ländlichen Regionen und von Unterversorgung bedrohten Gebieten, müssen die Kassenärztlichen Vereinigungen künftig eigene Praxen eröffnen oder Versorgungsalternativen anbieten. Dazu kommen viele weitere konkrete Verbesserun-

gen der Leistungen der Krankenkassen, wie zum Beispiel beim Zahnersatz, bei der Versorgung von Versicherten mit HIV-Risiko oder bei der Ermöglichung künstlicher Befruchtung nach schweren Krankheiten.

"Dort, wo wir bei unseren Ärzten ein Mehr an Leistung adressieren, wird diese Mehrleistung in Zukunft auch entsprechend vergütet", betont Frau Maag. Teil des TSVG werden auch Maßnahmen für die Heilmittelerbringer. Für sie soll unter anderem die Obergrenze für Vertragsverhandlungen, die Anbindung an die Grundlohnsumme dauerhaft aufgehoben und die Honorare erhöht werden.

Besonders viel Diskussionsbedarf besteht aktuell bei den Fragen zur künftigen Ausrichtung der medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Deutschland, aber auch zur Einführung einer gestuften und gesteuerten Versorgung für die psychotherapeutische Behandlung. Hier werden in den kommenden Wochen ausführliche Beratungen stattfinden. "Wichtig ist, dass die Weiterentwicklung der Versorgung notwendig ist, damit jeder Patient möglichst schnell die richtige Behandlung bekommt", hält Frau Maag abschließend fest. ■

## AfD provoziert Hammelsprung und spielt Versteck

Am Freitagmittag in der letzten Sitzung des Bundestages in diesem Jahr hat die AfD einen Hammelsprung provoziert, in dem sie die Beschlussfähigkeit anzweifelte. Bei einem Hammelsprung wird das Abstimmungsergebnis dadurch festgestellt, dass alle Abgeordneten den Plenarsaal verlassen und ihn anschließend durch drei dafür vorgesehene Türen mit der Aufschrift

„ja“, „nein“ und „Enthaltung“ wieder betreten. Als heute dann alle Abgeordneten den Saal wieder betreten sollten, waren die AfD-Abgeordneten nicht anwesend und betrieben ein wahres Versteckspiel auf den Fluren des Reichstagsgebäudes. Am Ende konnte die eigentliche Abstimmung, in der es nur um eine Ausschussüberweisung ging, durch die anderen Fraktionen gewonnen und die Beschlussfähigkeit festgestellt werden. ■